wärtigen Machtverhältnisse nicht bringen können. Auch weiterhin werden sich die zwei politischen Machtfaktoren, die beide aus dem unmittelbaren Mehrheitswillen des Volkes hervorgegangen sind, gegenüberstehen: Der Reichspräsident, der jetzt erst wieder durch die Beiziehung Papens zu den Unterredungen mit den Parteiführern unterstrichen hat, daß der gegenwärtige Kanzler sein volles Vertrauen besitzt und die Mehrheitsparteien, die unter sich noch zu keiner Einigung über ein positives Regierungsprogramm, das sie dem Reichspräsidenten vorschlagen könnten, gekommen sind.

Aus den letzten Verlautbarungen ist ziemlich deutlich zu erkennen, daß das Zentrum eine Verständigung der Auflösung des Reichstages jedenfalls vorziehen wird. Joos hat in seiner Erklärung vor der Presse betont, daß die Zentrumspartei zur Mitverantwortung bereit sei und auch dem Gedanken des Präsidialkabinetts durchaus nicht ablehnend gegenüberstehe. Die Entscheidung über die Frage der Auflösung liegt aber nicht beim Zentrum, sondern bei den Nationalsozialisten. Bringen sie einen Mißtrauensantrag gegen Papen, oder Antrag auf Aufhebung der Notverordnung ein, so werden sie stets der Unterstützung der Linken, Sozialdemokratie und Kommunisten, sicher sein, und haben damit für jeden dieser Anträge eine Mehrheit. Ja, sie brauchen nicht einmal selbst solche Anträge einzubringen, weil bereits entsprechende Anträge der Linken vorliegen, denen sie zu einer Mehrheit verhelfen können. So hängt also alles davon ab, ob Hitler bereits jetzt die Reichstagsauflösung wünscht, oder ob er erst die letzten Möglichkeiten zu einer gütlichen Lösung der politischen Krise restlos ausschöpfen will. Reichspräsident und Reichsregierung haben ihrerseits durch den Empfang der Fraktionsführer eine äußerste Hoffnung dazu eröffnet, und sie haben es sicher in der Absicht getan, vor der Oeffentlichkeit darzutun, daß sie bis zuletzt bereit wären, an einer Verständigung mitzuwirken. Aber noch ist damit kein Fingerzeig gegeben, wie die zwei völlig entgegengesetzten Auffassungen nähergebracht werden sollen. Der Reichspräsident hält an Papen fest, während die Nationalsozialisten Papen ebenso entschieden ablehnen. Adolf Hitler hat diese Absage in seiner Münchner Rede mit nicht mißzuverstehender Schärfe unterstrichen. Das Angebot Papens an Hitler, die Vizekanzlerschaft zu übernehmen, ist von den Nationalsozialisten so entschieden abgelehnt worden, daß man es unmöglich wieder zum Ausgangspunkt neuer Verständigungsbemühungen machen kann. Soweit sich jetzt die Lage beurteilen läßt, würden die Nationalsozialisten überhaupt nur unter dem Gesichtspunkt mit sich reden lassen, daß eine neutrale, ihnen jedoch nahestehende Persönlichkeit das Kanzleramt übernehmen würde. Es wird in diesem Zusammenhang häufig der Name des jetzigen Reichswehrministers, General Schleicher, genannt. Aber all diese Kombinationen sind müßig, solange Hindenburg nicht bereit ist, sich von Papen zu trennen. Zudem kann nicht außer acht gelassen werden, daß die Regierung nur dann eine Mehrheit bekommen würde, wenn sie sich sowohl mit den Nationalsozialisten als auch mit dem Zentrum verständigen würde. Die Rückkehr zum reinen Parlamentarismus, die aus solchen Bestrebungen entstehen könnte, wäre aber wiederum der Rückfall in eine überwundene Periode unseres politischen Lebens, an der sicher auch die Nationalsozialisten als antiparlamentarische Partei kein Interesse haben.

Solange demnach nicht eine der Machtgruppen, Reichspräsident und Reichsregierung oder die Nationalsozialisten, sich von ihrem Standpunkt grundsätzlich abkehren, ist an einen Ausweg, der die Reichstagsauflösung vermeiden läßt, nicht zu denken. Kann die Auflösung des Reichstages jedoch nicht vermieden werden, dann wäre der Empfang beim Reichspräsidenten aber auch praktisch zwecklos gewesen. So finden die Hoffnungen, einen Wahlkampf mit all seinen unangenehmen Folgen für die ruhige Entwicklung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens zu vermeiden, in den Ereignissen der letzten Stunden nur eine höchst problematische Stütze. Es bliebe nur noch die leise Möglichkeit, daß die Reichstagsauflösung vorläufig dadurch vermieden wird, daß die Parteien jetzt noch keine Entscheidung wünschen und zur Vermeidung einer Zuspitzung des Konfliktes den Reichstag für kürzere Zeit erneut vertagen. Dieser Ausweg würde die Entscheidung verzögern, jedoch nicht aufhalten können, weil sich vielleicht das Zentrum, aber bestimmt nicht die Nationalsozialisten, dem Verdacht aussetzen wollen, das Kabinett Papen zu tolerieren. Daß die Nationalsozialisten immerhin die Dinge im jetzigen Augenblick nicht auf die Spitze treiben wollen, dafür spricht eine zwar dunkle, aber nichtsdestoweniger bemerkenswerte Erklärung des „Angriff", der zu verstehen gegeben hat, daß für die NSDAP. eine „Notlösung" insofern tragbar wäre, falls ihr dabei gegeben werde, was ihr mit Recht zukomme. Dieser Satz ist allerdings sehr auslegungsfähig, aber der Nachsatz läßt erkennen, daß man sich auch in den Kreisen der Nationalsozialisten zu einer Vertagung der Entscheidung bereitfinden würde, denn er spricht davon, daß eine gewisse Verlangsamung der Abwicklung im Reichstag möglich ist, wenn in dieser Richtung aussichtsreiche Verhandlungen von der Gegenseite angebahnt würden. Nun, dieser Wunsch ist durch den Empfang der Fraktionsführer bei Hindenburg bereits verwirklicht worden. Ob dadurch aber ein gutes Ende gewährleistet wird, muß leider nach der gegenwärtigen Lage immer noch als wenig aussichtsreich erscheinen. Aber im politischen Leben sind selbst in ausweglosesten Situationen Ueberraschungen nie ausgeschlossen.

England bleibt weiter abwartend

Der Vertragsbruch Frankreichs

London, 10. Sept. Die gestrige Mitteilung des Foreign Office, aus der hervorgeht, daß die britische Regierung auf den französischen Wunsch, eine Art Mitverantwortung für die französische Antwort auf die deutsche Denkschrift zu übernehmen, nicht eingegangen ist, sondern sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehält, wird von den Blättern mit Zurückhaltung erörtert. „Daily Herald" will wissen, daß der französische Botschafter im Foreign Office sehr deutlich zu verstehen gegeben habe, daß Frankreich keine Aenderung des Wortlauts seiner Antwort beabsichtige. Er habe indessen gehofft, daß Sir John Simon den Entwurf billigen werde. Der britische Staatssekretär aber habe weder Billigung noch Mißbilligung geäußert. Der Beschluß, Sir John Simon wegen des Wortlauts nicht um Rat zu fragen, sei von Frankreich gefaßt worden, nachdem es klar geworden sei,

daß Großbritannien nicht bereit ist, einer kurzen und bündigen Ablehnung der deutschen Forderung zuzustimmen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" führt u. a. aus: Die britische Regierung will sich ihre Stellungnahme vorbehalten, bis endgültig zutage tritt, ob die deutsch-französischen Besprechungen fehlgeschlagen sind. Die britische Regierung wird die Fortsetzung der direkten Besprechungen zwischen Berlin und Paris begrüßen. London legt ansteinend den „Vertrauenspakt" nicht im gleichen Sinne aus wie Paris, sondern meint, daß er zwei oder mehr Signatarmächten durchaus die Freiheit zu gesonderten Verhandlungen läßt, vorausgesetzt, daß die übrigen Signatarmächte angemessen über Ziel und Fortschritt der Verhandlungen unterrichtet werden.

In einem Leitartikel der „Times" heißt es zu dem deutsch-französischen Abrüstungsproblem, die Entscheidung der britischen Regierung über ihre Politik könne nicht mehr lange aufgeschoben werden. Hierauf zitiert das Blatt folgende eventuelle Lösung des Problems: Wenn ein vernünftiger Beweis dafür gegeben werden könne, daß Deutschland tatsächlich die Absicht habe, das Seinige bei der Förderung des Völkerbundsideals europäischer Solidarität zu tun,

dann sollte eine Vereinbarung erreichbar sein, auf Grund deren Deutschland in begrenztem Maße alle Waffenarten zugestanden werden, die vollbewaffnete Länder besitzen,

während diese sich verpflichten würden, in einer bestimmten Anzahl von Jahren ihre Rüstungen dem deutschen Stand anzunähern.

„Daily Expreß" sagt in einem Leitartikel unter Hinweis auf das Versailler Abrüstungsversprechen, nach 13 Jahren ist es zu spät, ein Geschrei über „Vertragsbruch" durch Deutschland zu erheben. Der Versailler Vertrag ist von Frankreich und seinen Freunden gebrochen worden, und das einzige, was sie jetzt tun können, ist, sich so gut wie möglich aus der Affäre zu ziehen.

Sechs Punkte Frankreichs

London, 10. Sept. Berichten der Pariser Berichterstatter der „Times" und des „Daily Herald" zufolge enthält die französische Antwort auf die deutschen Forderungen auf Rüstungsgleichheit die folgenden Punkte:

1. Unter Berufung auf den Artikel 164 des Versailler Vertrages erklärt Frankreich, daß es sich mit französisch-deutschen Sonderverhandlungen nicht einverstanden erklären kann. Die zuständige Stelle sei der Völkerbundsrat.

2. Frankreich widerspricht der deutschen Auslegung der Abrüstungsklausel des Völkerbundsstatuts.

3. Frankreich habe bereits Schritte zu einer freiwilligen Herabsetzung der Rüstungen getan und werde diese fortsetzen.

4. **Frankreich widersetzt sich einer Wiederaufrüstung Deutschlands, die sich mit dem Geiste der Verträge und der Abrüstungskonferenz nicht vertrage, in sehr scharfer Form.**

5. Deutschland werde an die Verträge erinnert, die es unterzeichnet habe.

6. Die französische Regierung wende sich gegen den kriegerischen Ton der Mitglieder der deutschen Regierung, den sie in ihren öffentlichen Erklärungen anschlügen.

Frankreichs Antwort geht heute nach Berlin

Paris, 10. Sept. Das über den heute vormittag abgehaltenen Ministerrat ausgegebene Kommuniqué lautet: Die Minister sind heute vormittag im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik, Lebrun, zusammengetreten. Ministerpräsident Herriot hat dem Ministerrat den endgültigen Text der Antwort unterbreitet, die er noch heute an die deutsche Regierung richten werde. Der Ministerrat hat diese Antwort einstimmig gutgeheißen.

5 Milliarden Dollar für Rüstungen

Neuyork, 10. Sept. Der von der New York Trust-Company herausgegebene „Index" beziffert die jährlichen internationalen Rüstungsausgaben, die als ein Haupthindernis für die wirtschaftliche Erholung bezeichnet werden, auf fünf Milliarden Dollar. Die folgende Aufstellung ergibt, daß Deutschland gegenüber der Friedenszeit auf etwa ein Drittel der damaligen Rüstungsausgaben zurückging, während im Gegensatz dazu die nachstehend genannten großen Mächte eine Vermehrung bis auf fast das Dreifache vorgenommen haben. Im Fiskaljahre 1930/31 bzw. 1913 bis 1914 haben aufgewendet (in Millionen Dollar):

Deutschland	170,4 bzw. 468,3	(— 63 v. H.),
Großbritannien	585,0 bzw. 875,1	(+ 42 v. H.),
Frankreich	455,3 bzw. 348,7	(+ 30 v. H.),
Italien	258,9 bzw. 179,1	(+ 44 v. H.),
Japan	242,1 bzw. 95,5	(+ 142 v. H.),
Rußland	579,4 bzw. 447,7	(+ 30 v. H.),
Ver. Staaten	727,7 bzw. 244,6	(+ 197 v. H.).

Geheime Herbstmanöver in Frankreich

Paris, 10. Sept. Wie hier verlautet, sollen die großen französischen Herbstmanöver in diesem Jahre nicht „öffentlich" sein. Das bedeutet, daß weder die Bevölkerung noch die Vertreter der Presse oder Pressephotographen als Zuschauer und Beobachter zugelassen werden. Man erklärt diese ungewöhnliche Maßnahme damit, daß es sich nicht um Uebungen im gewöhnlichen Sinne, sondern in erster Linie um Versuche mit neuen technischen Errungenschaften auf dem Gebiete der Motorisierung handeln werde. Eine große abschließende Truppenschau sei aus diesem Grund auch nicht vorgesehen.

Tagung des Alldeutschen Verbandes

Stellungnahme zum Reichskabinett

Rudolstadt, 10. Sept. Mit einer Sitzung des Gesamtvorstandes begann am Sonnabendvormittag der Verbandstag 1932 des Alldeutschen Verbandes. Zunächst sprach der Vorsitzende des Verbandes,

Justizrat Claß,

über die Lage, die durch den Sturz der schwarzroten Regierung entstanden ist, sowie über die Aufgaben, die dieser Vorgang den völkisch-nationalen Gruppen stellt. Das Entscheidende sei, daß durch den Entschluß des Reichsoberhauptes das über und über mit schwerster politischer Schuld beladene Kabinett Brüning gestürzt worden sei, und daß der Reichspräsident und die neue Regierung entschlossen schienen, den Versuch der Rettung des Vaterlandes auf dem Wege der Diktatur zu machen. Mit der Ernennung des Reichskanzlers zum Reichskommissar für Preußen sei der zweite Schritt zur Rettung Deutschlands aus der Not parlamentarischen Unwesens getan worden. Die Schönheitsfehler der neuen Regierung sollten heute unerörtert bleiben. — Justizrat Claß führte dann weiter unter anderem folgendes aus: Soweit das Reichsoberhaupt in Frage kommt, scheint heute die Gewähr gegeben, daß er daran festhält, sowohl im Reich wie in Preußen nur nationale Regierungen amtieren zu lassen. Das ist ein Fortschritt von ungeheurer Bedeutung.

Nun kommt es darauf an, ob die Regierungen im Reich und in Preußen das Vertrauen des Reichspräsidenten und der nationalen Massen verdienen.

Wenn die heute Regierenden sich ihren Aufgaben gewachsen zeigen, wird auch der Wille des Reichsoberhauptes, mit parteilich nicht gebundenen Kabinetten zu arbeiten, als grundsätzlich richtig, als Rückkehr zur besten politischen Ueberlieferung anerkannt werden. Wir würden es für das denkbar größte Verhängnis halten, das unserem Volke jetzt zustoßen könnte, wenn die stärkste Partei, die so leidenschaftlich für den Gedanken der Diktatur eingetreten ist, jetzt, wo die Diktatur da ist und weiteren Ausbau naturnotwendig verlangt, sich von ihr abwenden würde — wenn sie nun dem Bündnis mit dem Zentrum verfallen und nun in den Parlamentarismus einschwenken wollte. Zweierlei verlangen wir heute von unseren Freunden: sich am Kampfe des Tages um den politischen Erfolg der Diktatur zu beteiligen — und lehrend und aufklärend die größere Zukunft vorzubereiten. Von dem, was heute zu tun ist, stellen wir nach wie vor den Kampf gegen den Ultramontanismus in den Vordergrund und gegen seinen Vertreter auf deutschem Boden, das Zentrum. Von den Fragen der äußeren Politik stehen im Vordergrund die Abrüstung der anderen oder unsere Aufrüstung und die Entwicklung im Osten.

Ueber „Die sogenannte Abrüstungsfrage" sprach

General der Infanterie a. D. Wöllwarth, Dresden.

Frankreich, so erklärte er unter anderem, konnte durch Versailles das Ziel seiner vielhundertjährigen Politik — die Rheingrenze — nicht voll erreichen. Um so mehr ist es bestrebt, das durch das Diktat Gewonnene festzuhalten und weiter auszubauen. Das Versailler Diktat steht auf tönernen Füßen. Frankreich weiß ganz genau, daß das ganze Gebäude von Versailles in sich zusammenstürzt, sobald Deutschland den Schleier der Kriegsschuldlüge zerreißt. Die einzige Folgerung, die wir aus dem Teil V des Versailler Diktates und dem Verhalten Frankreichs und seiner Vasallenstaaten ziehen können, ist folgende:

Wir haben alle Bestimmungen des Vertrages genau innegehalten, unsere Gegner haben in keiner Weise versucht, dem Vertrage zu entsprechen,

sondern genau im entgegengesetzten Sinne gehandelt und damit den Vertrag gebrochen. Folglich sind auch wir nicht mehr an den Vertrag gebunden. Wir verlangen, daß die Rüstungen Deutschlands so gestaltet werden, daß wir wirksam unsere ausgedehnten Grenzen schützen können. Die Rüstung muß so sein, daß jede kriegführende Macht sich wohl hütet, durch Verletzung unserer Neutralität uns zum Feinde zu bekommen. Die Abrüstungskonferenz hat, wie vorauszusehen war, mit einem gänzlichen Mißerfolg geendet. Das deutsche Volk muß wieder an sich selbst glauben, und gestützt auf die ihm innewohnende große Kraft das unternehmen, was die nationale Ehre fordert. Die Zustimmung, die unsere Forderung nach Gleichberechtigung und Wehrhoheit im Ausland vielfach erfahren hat, zeigt uns, daß wir damit auf dem richtigen Wege sind.

39 Tote beim Dampferunglück in Neuyork

Neuyork, 10. Sept. Nach den letzten Meldungen über das Unglück, von dem das Fährboot „Observation" im Neuyorker Hafen betroffen wurde, sind dabei 39 Menschen getötet worden. 58 Fahrtteilnehmer wurden so schwer verletzt, daß viele von ihnen kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Zahlreiche Ueberlebende sind der Meinung, daß die Explosion auf die Ueberalterung der Heizanlagen, die bereits 24 Jahre lang in Gebrauch waren, zurückzuführen ist. Der 24 Jahre alte Kapitän des Unglücksbootes ist so schwer verletzt, daß er bisher noch nicht verhört werden konnte. Sein Vater, der als Steuermann auf dem Boote Dienst tat, befindet sich unter den Toten.

Die Explosion ereignete sich fast an derselben Stelle, an der vor 28 Jahren der Dampfer „General Slocum" brennend unterging.

Die Berichte der Ueberlebenden der heutigen Katastrophe geben ein grauenhaftes Bild. Zahlreiche Arbeiter wurden hoch in die Luft geschleudert und stürzten in die Tiefe mitten hinein in Schiffstrümmer und um ihr Leben kämpfende Menschen. Ueberdies hatte sich das siedende Wasser des Kessels in den Strom ergossen, so daß die Schwimmenden vielfach arge Verbrühungen erlitten. Einer, der aus dem Wasser auftauchte, wurde von einem herabfallenden Mann getroffen und versank ein zweites Mal. Ein Augenzeuge will gesehen haben, daß der Kessel des Fährbootes wie eine Rakete in die Luft schoß. Ein Mann wurde in einem hohen Bogen weit über den Fluß geschleudert und in das Fenster einer Kraftstation, die etwa 50 Meter vom Ufer entfernt ist, hineingeworfen.

Bombenexplosion vor zwei Neuyorker Theatern

Neuyork, 10. Sept. Vor zwei in verschiedenen Stadtteilen gelegenen Theatern ereigneten sich gestern Bombenexplosionen, als die Theaterbesucher gerade die Vorstellung verlassen wollten. Es wurde nur Sachschaden an den Ausgangstüren angerichtet, wo eine Reihe von Schaufensterscheiben in Trümmer ging. Die Tat wird mit der in der Arbeiterschaft herrschenden Erregung in Zusammenhang gebracht.

Eine Goldmedaille für Dr. Eckener

Den Haag, 10. Sept. Die Internationale Luftfahrttagung im Haag wurde am Freitagabend mit einem Festessen abgeschlossen. Bei dieser Gelegenheit wurde Dr. Eckener die Goldmedaille der Fédération Aeronautique Internationale überreicht.

Polizeibeamter von Verbrechern tödlich überfahren

Rheda bei Gütersloh, 10. Sept. Zwei Polizeibeamte wurden am Sonnabend früh gegen 8,30 Uhr von einem unbeleuchteten Personenkraftwagen angefahren. Hierbei wurde der Polizeihauptwachtmeister Grafhorst getötet, während der Polizeihauptwachtmeister Hökenhaus Verletzungen erlitt. Die Insassen des Wagens waren Einbrecher, die die Umgebung durch Diebstähle heimgesucht haben. Das Auto — eine große Mercedes Limousine, wurde heute früh in der Nähe von Rheda herrenlos aufgefunden. Der getötete Polizeibeamte ist von dem Wagen eine Strecke von etwa 60 Meter mitgeschleift worden.

Um die Einfuhrkontingentierung

Berlin, 10. Sept. Die Pläne wegen der Einfuhrkontingentierung für Agrarerzeugnisse sind, wie wir erfahren, noch nicht fertiggestellt. Endgültige Entscheidungen werden voraussichtlich in einer Kabinettssitzung gegen Mitte der nächsten Woche fallen; sodann sollen die Verhandlungen mit den beteiligten Handelsvertragsländern aufgenommen werden.